



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIN FÜR INNERES

XXIII. GP.-NR

4955/AB

2008 -11- 24

zu 5009/J

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

DR. MARIA FEKTER
HERRENGASSE 7
A-1014 WIEN
POSTFACH 100
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/1667-II/BK/1.6/2008

Wien, am 21. November 2008

Die Abgeordneten zum Nationalrat Ulrike Königsberger-Ludwig und GenossInnen haben am 24. September 2008 unter der Nr. 5009/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „der Einführung des Präventionsprogramms für Seniorinnen und Senioren“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Kosten für die Informationskampagne zur Errichtung dieses Services belaufen sich auf € 155.000,-.

Zu Frage 2:

Unten angeführte Liste gibt Aufschluss darüber, wie viele Beamtinnen und Beamte pro Bundesland bereits anlassbezogene Senioren/innenberatungen durchführen:

Burgenland:	20
Kärnten:	37
Niederösterreich:	104
Oberösterreich:	57
Steiermark:	46

Tirol:	36
Vorarlberg:	25
Wien:	41
Salzburg:	32

Zu Frage 3:

Es wurden / werden keine neuen Stellen für dieses Projekt geschaffen. Im Allgemeinen ist anzumerken, dass die speziell geschulten Exekutivbeamten und Exekutivbeamtinnen zum überwiegenden Teil die Präventionsarbeit parallel zu ihrer sonstigen Polizeitätigkeit wahrnehmen. So ist gewährleistet, dass sie auch immer die neuesten Kriminalitätstrends aus eigener Erfahrung kennen.

Zu Frage 4

Den BeamtInnen, die Präventionsarbeit leisten, wird im benötigten Ausmaß die entsprechende Dienstzeit zur Verfügung gestellt. Dabei handelt es sich nicht um eine Zusatzleistung, sondern um eine Aufgabenerfüllung gemäß § 25 SPG.

